



Gelsenkirchen

Der Oberbürgermeister

Antrag	
<input checked="" type="checkbox"/> öffentlich	<input type="checkbox"/> nichtöffentlich
Drucksache Nr.	
14-20/850	

Antragsteller/in
 Gemeinsamer Antrag von Jürgen Hansen, PIRATEN und Monika
 Gärtner-Engel, AUF Gelsenkirchen

Antragsdatum
 08.12.2014

Beratungsfolge	Sitzungstermine	Top	Zuständig- keiten
Rat der Stadt	11.12.2014		4 1 = Anhörung 2 = mitbeteiligt bei der Vorberatung 3 = federführende Vorberatung 4 = Entscheidung

Betreff

Resolution an den Rat der Stadt Gelsenkirchen "Die Finanzprobleme der Kommunen sind nicht selbst verschuldet!"

Inhalt des Antrags

Der Rat der Stadt Gelsenkirchen fordert einschneidende Maßnahmen zu einer Reform der Gemeindefinanzen. Demnächst ist die Stadt 20 Jahre in der sogenannten „Haushaltssicherung“. Trotz intensiver Konsolidierungsbemühungen haben sich die Schulden Jahr für Jahr erhöht und liegen inzwischen bei 1,1 Milliarden Euro. Nur durch weitere Schuldenaufnahmen sind die kommunalen Aufgaben zu gewährleisten. Inzwischen belaufen sich die Kassenkredite auf 700 Millionen Euro und trotz historisch niedrigem Zinsniveau treiben die Lasten auf 30 Millionen Euro/ Jahr zu. Die durch den „kommunalen Stärkungspakt“ auferlegten Verpflichtungen sind angesichts der hohen Langzeitarbeitslosigkeit, gewachsener Armut in der Stadt sowie der bereits eingetretenen Unterhöhung der Substanz städtischer Infrastruktur eine unzumutbare Belastung geworden.

Gelsenkirchen ist kein Einzelfall: Bundesweit haben die Schulden der Städte und Gemeinden Mitte 2014 einen Höchststand von 138,8 Mrd. Euro erreicht! Die Weltwirtschafts- und Finanzkrise hinterlässt tiefgreifende Spuren. Der Substanzverlust schreitet weiter voran. 118 Milliarden fehlen für dringend notwendige Investitionen in den Kommunen – ohne Ende in Sicht. Allein im letzten Jahr wuchs der Investitionsrückstand um 4,5 Milliarden Euro.

Der Rat der Stadt erklärt: Die bundesweite kommunale Finanzmisere liegt nicht in der Verantwortung der Städte. Die chronische Unterfinanzierung hat strukturelle Ursachen in einer seit Jahrzehnten betriebenen Umverteilung des Staatshaushaltes zu Lasten der Kommunen und der breiten Masse der Bevölkerung. Realer Effekt ist die Begünstigung von wohlhabenderen Bevölkerungsschichten und Superreichen.

- Durch Steuerrechtsänderungen seit Ende der 90er Jahre haben Bund, Länder und Kommunen seit Ende der 90er Jahre bis 2013 laut Untersuchung der Hans-Böckler-Stiftung 484 Milliarden Euro weniger eingenommen. Dies bei steigenden Ausgaben und Verpflichtungen, die den Kommunen durch die Bundes- und Landespolitik vielfältiger Couleur aufgebürdet wurden - wie die Kosten durch Hartz IV, die U-3 Betreuung, in der Alten- und Behinderten-

fürsorge sowie der Inklusion.

- Internationale Steuergesetze befreien die größten Konzerne von Steuerzahlungen. Noch nie war so viel Geld in „Steuroasen“ versteckt wie heute: rund 5 800 Milliarden Euro, davon rund 4 700 Milliarden unversteuert!
- Noch nie war die Schere zwischen den Reichen und Superreichen und den Armen so groß wie heute. In Deutschland leben inzwischen 123 Milliardäre – Platz 4 der Weltrangliste noch vor Rußland! Die führenden deutschen Konzerne erzielten im III. Quartal 2014 die höchsten je ausgewiesenen Gewinne vor Steuern und Zinsen mit 27,7 Mrd. Euro - und die Kommunen ebenso wie breite Teile der Bevölkerung sollen den Gürtel enger schnallen.

Die weltwirtschaftliche Entwicklung lässt unwägbarere Entwicklungen befürchten. Der Rat der Stadt Gelsenkirchen sieht sich in der Reihe der Kritiker aus vielen Kommunen an der ständigen Verletzung des Konnexitätsprinzips sowie der Unterminierung der kommunalen Daseinsfürsorge.

Zuvor in Aussicht gestellte Finanzhilfen für die Eingliederung Behinderter müssen ausbezahlt, diese Gelder in die Darstellung des kommunalen Finanzausgleichs eingestellt werden dürfen. Ohne Erkämpfung einer umfassenden Gemeindefinanz-Reform wird sich die Spirale immer weiter abwärts drehen. Dazu darf es nicht kommen.